



Aktueller Begriff

NATO Defence Planning Process

Immer wieder ist die Einführung von Waffensystemen in die Bundeswehr kontrovers diskutiert worden. Dabei spielte der Einfluss multinationaler Organisationen auf eine Beschaffungentscheidung lange Zeit keine Rolle, obwohl beispielsweise die im Rahmen der **Verteidigungsplanung der NATO** den Mitgliedsstaaten zugewiesenen Planungsziele von jeher bei der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt worden waren. Der Grund, weshalb diese Planungsvorgaben bis in die jüngste Vergangenheit in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und im politischen Raum nur selten thematisiert wurden, waren **fehlende Transparenz und Nachvollziehbarkeit** der Verteidigungsplanung der NATO. Genau dieses Defizit sollte durch die Entwicklung des neuen **NATO Defence Planning Process (NDPP)** behoben werden. Mit seiner Einführung im Jahr 2009 wollte die NATO darüber hinaus, durch stärkere **Synchronisation und Harmonisierung der nationalen Verteidigungsplanungen**, auch die Basis für einen effizienteren Einsatz der knappen finanziellen Ressourcen legen. So sollte das Bündnis auch künftig – trotz angespannter Staatshaushalte – dauerhaft über Streitkräfte verfügen, die zur Durchführung weltweiter Operationen im gesamten Missionsspektrum der NATO befähigen. Das Jahr 2013 stellt einen geeigneten Zeitpunkt für eine erste Bewertung des neuen Verteidigungsplanungsprozesses der NATO dar, da in diesem Jahr der erste Vierjahreszyklus des NDPP abgeschlossen sein wird.

Den NDPP leitet jeweils die Entwicklung und Abstimmung der strategischen Zielvorgabe der NATO ein, die die Operationen beschreibt, zu deren Durchführung die NATO in Zukunft in die Lage versetzt werden soll. Anzahl, Umfang und Art dieser Operationen sowie aktuelle Einsatzerfahrungen bilden die Grundlage für die Identifizierung der künftig erforderlichen militärischen Fähigkeiten. Der Vergleich dieses Fähigkeitsbedarfes (Bedarf an materiellen und personellen Ressourcen, erforderliche strukturelle und organisatorische Voraussetzungen) mit den vorhandenen und geplanten Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten ermöglicht es, vorhandene Fähigkeitslücken zu erkennen, die anschließend auf der Basis einer Risikobewertung priorisiert werden. Im Folgeschritt werden den Mitgliedsstaaten in Abhängigkeit ihrer Wirtschaftskraft und auf der Grundlage einer fairen Lastenteilung die künftig zu erhaltenden oder zu entwickelnden Fähigkeiten der NATO als Planungsziele bzw. -vorgaben zugewiesen. Maßgeblich ist dabei die Forderung an die Bündnispartner, unabhängig von den realen Verteidigungsausgaben zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigungsaufgaben aufzuwenden. Die Entscheidung über die Zuordnung der Planungsziele erfolgt nach dem Verfahren „**Konsens minus 1**“, d.h. bei der Verabschiedung ihrer Planungsvorgaben ist die betreffende Nation nicht stimmberechtigt. Eine Rechtsverbindlichkeit ergibt sich aus dieser Abstimmung zwar noch nicht, aber sie übt auf die jeweilige Nation einen **starken politischen Druck zur Umsetzung** der verabschiedeten Planungsvorgaben aus. **Völkerrechtlich bindend** werden diese erst durch ihre Annahme bei dem jeweils dem Abstimmungsprozess folgenden NATO-Verteidigungsministertreffen.

Der Personal- und Zeitaufwand zur Durchführung und Dokumentation des NDPP im NATO-Hauptquartier und in den Mitgliedsstaaten ist ausgesprochen hoch. Nicht zuletzt mit Blick auf diesen Ressourceneinsatz stellt sich die Frage, ob die verbesserte Transparenz und Nachvollziehbarkeit der NATO-Verteidigungsplanung in den Mitgliedsstaaten tatsächlich zu einer höheren **Akzeptanz der zugewiesenen Planungsvorgaben** geführt haben und ob heute die nationalen Verteidigungsplanungen und Streitkräftefähigkeiten eine stärkere **Anpassung an die Bündnisvorgaben** als in der Vergangenheit erfahren. Hierbei muss allerdings unterschieden werden, ob NATO-Planungsvorgaben eine nationale Rüstungsentscheidung entscheidend beeinflusst haben oder ob die NATO-Verteidigungsplanung nur als Argumentation für eine ohnehin beabsichtigte nationale militärische Beschaffung genutzt wird.

Das **Gewicht der NATO** hinsichtlich nationaler Beschaffungsvorhaben **variiert** in den einzelnen Mitgliedsstaaten trotz der verbindlichen Planungsziele weiterhin. Für die deutschen Streitkräfte gilt, dass sich gemäß der Konzeption der Bundeswehr ihre Fähigkeiten an den multinationalen Fähigkeitsforderungen der NATO zu orientieren haben. In bündnisweiter Perspektive stellen Kenner der NATO-Verteidigungsplanung allerdings fest, dass der Einfluss der Allianz auf die nationale Fähigkeitsentwicklung aufgrund der deutlich verbesserten Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Planungsprozesses zwar generell zugenommen hat, ihm aber auch weiterhin spürbare Grenzen gezogen sind. Der Einfluss der NATO ist heute insbesondere bei solchen Mitgliedsstaaten erkennbar, die in der konsequenten Umsetzung der Planungsziele entweder eine Möglichkeit zur deutlichen **Steigerung ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit** oder zur **Verbesserung ihrer Mitsprache** im Bündnis sehen.

Dort allerdings, wo Mitgliedsstaaten finanziell oder technologisch durch die Planungsvorgaben der NATO überfordert werden oder aufgrund ihres sicherheitspolitischen Umfeldes die Schwerpunktlegung der NATO auf weltweite Einsätze nur eingeschränkt mittragen, fällt der Einfluss des NDPP deutlich geringer aus. Insbesondere bei einigen etablierten NATO-Mitgliedern bestehen unverändert **erhebliche politische Vorbehalte** gegenüber einer immer stärkeren Steuerung ihrer nationalen Verteidigungsplanungen durch die NATO. Diese interpretieren den beschriebenen Top-Down-Ansatz des NDPP oftmals als Eingriff in ihre Souveränität.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise ist allerdings davon auszugehen, dass sich bei allen NATO-Partnern der Trend verstärkt, beim Schließen von Fähigkeitslücken stärker zusammenzuarbeiten und nationale Fähigkeiten besser zu integrieren. Der NATO-Gipfel in Chicago vom 20. bis 21. Mai 2012 legte hierfür ein wesentliches Fundament, als, in Ergänzung zum Top-Down-Ansatz des NDPP, das Kooperationsmodell **Smart Defence** initiiert wurde. Dabei sollen die Mitgliedsstaaten – durch die NATO koordiniert, aber nicht gesteuert (Bottom-Up-Ansatz) – künftig gemeinsam Lösungen bezüglich derjenigen im Rahmen des NDPP priorisierten Fähigkeitslücken entwickeln, deren Schließung ein einzelnes Mitglied alleine nicht mehr leisten kann.

Quellen:

- Bundesministerium der Verteidigung (2013). Konzeption der Bundeswehr.
- Jonas, Alexandra (2010). Die Bundeswehr in Zeiten des Multilateralismus. In: Reader Sicherheitspolitik 10/2010.
- NATO (2011). Political Guidance [C-M(2011)0022].
- NATO (2009). The NATO Defence Planning Process. www.nato.int/cps/en/natolive/topics_49202.htm (Stand: 28.05.2012, letzter Zugriff: 25.07.2013).
- NATO Allied Command Transformation (2013). The Beginners' Guide to the NATO Defence Planning Process.
- Spiegeleire, Stephan de (2012). Taking the Battle Upstream: Towards a Benchmarking Role for NATO.